

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der sozialen Kälte im Lande müssen wir die solidarische Wärme entgegensetzen.

Die Lage ist ernst, verdammt ernst. Ich darf unser Motto daher erweitern: Mehr Arbeit, keine Entlassungen, faire Bezahlung und ein sozialer Schutzschirm für die Menschen.

Tagtäglich erreichen uns Horrormeldungen.

Der Neoliberalismus - hinter dieser Ideologie stehen Menschen aus Fleisch und Blut - hat die Industriestaaten, und nicht nur diese, in eine tiefe Krise geführt. In die tiefste Krise seit 80 Jahren. Alte Glaubenssätze, wie z.B. „Der Markt wird es richten“ sind erschüttert, der globale Finanzmarkt-Kapitalismus wackelt.

Die Menschen sind dadurch zutiefst verunsichert, verärgert, wütend. Am meisten die Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind.

Wenn nichts Grundlegendes passiert, droht eine katastrophale Krise:

Nicht nur in der Wirtschaft. Auch in Form von Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und weiterem Demokratieabbau.

Die Folge wäre: ein gigantischer Sozialabbau und beinharte Verteilungskämpfe.

Dies kann auch Zündstoff dafür sein, dass reaktionäre, ja rechtsextreme Kräfte, diese Krise nutzen um ihre braune Ideologie in die Köpfe der Menschen zu pflanzen. So versuchten z.B. Neonazis die Kundgebung der IG Metall zum Erhalt der Arbeitsplätze bei Mahle in Alzenau, für ihre nationalistischen Parolen zu nutzen. Lassen wir uns von diesen rechten Rattenfängern nicht einfangen. Wehren wir den Anfängen.

Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen uns vorbereiten auf große soziale Auseinandersetzungen. Auch wenn das einige nicht wahr haben wollen. Michael Sommer und Gesine Schwan haben Recht.

Schon heute lassen sich Belegschaften nicht mehr alles gefallen.

Schon heute gehen Menschen auf die Straße und protestieren, noch zu wenige, aber wir werden von Tag zu Tag mehr und das macht Mut.

Die Zeit ist reif, den Konflikt auch in die Betriebe zu tragen, auch in Gestalt von Arbeitsniederlegungen so wie es in der zweiten Maiwoche in ganz BaWü der Fall sein wird.

Es sind die Unternehmer, Aktionäre und Banker, die zur Umverteilung und zum Abbau rechtlicher und sozialer Bindungen angetrieben, die davon profitiert und die die Früchte unserer gemeinsamer Arbeit nunmehr verzockt

haben. Wer, wenn nicht sie, neben der Bundesregierung, müssen die erste Adresse sozialen und politischen Drucks sein, wenn sich in diesem Lande etwas ändern soll.

„In der Krise liegen Chancen“ tröstet uns der Bundespräsident. „Der Neoliberalismus hat keine Legitimation mehr“ frohlockt eine Gewerkschaftszeitung. „Studentinnen und Studenten lesen wieder Karl Marx, der Sozialismus wird hoffähig“, sorgt sich DIE ZEIT.

Jetzt wären dringend gesellschaftliche Reformen angesagt, doch diese sind nicht in Sicht.

Kolleginnen und Kollegen,

schon heute ist klar, der Agentur für Arbeit geht das Geld aus, wenn nicht weitere Mittel aus dem Staatshaushalt zufließen. Und vergesst nicht, im Januar wurde der Beitrag gesenkt, weil man vor allem die Unternehmen entlasten wollte. Nun fehlt das Geld.

An eine Beitragserhöhung denkt SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz bis 2011 nicht – vorausgesetzt, dass er so lange darüber zu entscheiden hat.

Auch hat er beteuert „die Renten sind sicher“. Damit erweist er Norbert Blüm eine späte Reverenz. Doch allein der mir fehlt der Glaube.

Ich sage:

Wer 480 Mrd. Euro für die Banken zur Verfügung stellen kann, muss auch Geld für die soziale Sicherung bereit stellen.

Könnt ihr euch noch erinnern, dass in den letzten Jahren bei jeder Forderung der Gewerkschaften zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sofort die Position kam, das ist nicht finanzierbar?

Und jetzt?? Innerhalb einer Woche wurden 480 Mrd. Euro locker gemacht.

Kolleginnen und Kollegen,

die Menschen sind das wichtigste Kapital, das eine Gesellschaft hat und nicht die Maschinen oder Dienstleistungen.

Deshalb brauchen wir auch in Krisenzeiten eine gute soziale Sicherung.

Nicht die abhängig Beschäftigten sind schuld an der Misere sondern Menschen, die den Kragen nicht voll kriegen konnten.

Wer die Qualifikation der Menschen erhalten will, wer die Menschen im Betrieb halten will, wer der Jugend auch noch eine Perspektive geben will, muss etwas tun.

- Wir brauchen schnelle Entscheidungen der Bundesregierung.
- Wir brauchen einen längeren Bezug von Kurzarbeitergeld,

- wir brauchen eine längere Verweildauer in den Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften
- wir brauchen Instrumente, damit ältere Kolleginnen und Kollegen früher ungekürzt in Rente gehen können
- wir brauchen wieder eine Zuzahlung zur Altersteilzeit und
- wir brauchen Instrumente, damit Menschen wieder in Arbeit kommen.

Wir stehen für einen solidarischen Ausweg aus dieser Krise. Dafür müssen wir kämpfen. Allerdings tun wir uns insgesamt immer noch schwer damit.

Manche meinen, das wird die Gewerkschaft oder das werden die Parteien schon hinkriegen.

Pustekuchen.

Die Bundesregierung setzt vornehmlich immer noch auf neue Regeln fürs Roulette; an den Ungleichgewichten der Realwirtschaft und dem hier erzeugten Kapitalüberfluss soll sich dagegen nichts ändern. Eine Umverteilungsreform ist nicht gewollt, weder zugunsten der Arbeits- und Sozialeinkommen noch zugunsten des ökologischen Umbaus und des nachhaltigen Ausbaus öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

Im Gegenteil, die von der Bundesregierung jüngst auf den Weg gebrachte Schuldenbremse wird den Bewegungsspielraum der öffentlichen Hand noch weiter einschnüren.

Auch die jüngsten Steuerpläne der SPD ändern an diesem Ungleichgewicht nichts. Sie verzichten auf dauerhafte Umverteilung und tragen ohnehin den Wahlabend als eingeschriebenes Verfallsdatum. Wären sie ernst gemeint, müsste die SPD heute schon auf ein linkes Bündnis orientieren und nicht beschließen, dass dies für sie nach der Bundestagswahl grundsätzlich ausgeschlossen ist.

Es geht nach wie vor um Interessen und Macht, nicht etwa um Einsicht.

Wenn Unternehmen a la Schäffler derzeit um gewerkschaftliche Unterstützung nachsuchen, wenn die SPD die Hände ausstreckt und wenn die Kanzlerin zum Gespräch einlädt, sollte das nicht zu der Illusion verleiten, dass die umworbenen Gewerkschaften damit schon viel Einfluss gewonnen hätten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wir alle hier sind die Gewerkschaft, wir, die wir heute hier sind und darüber hinaus noch einige Millionen mehr. Dies ist keine abstrakte Auseinandersetzung sondern sie ist handfest, jeden Tag und in jedem Betrieb.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Analyse sind wir bisher immer gut gewesen, beim Handeln und Umsetzen unserer Positionen nicht.

Wir wissen um die Verantwortung der großkotzigen Lenker der Finanzfonds, Banken und multinationalen Konzernen, dieser Herren, die sich als Avantgarde der

modernen Welt aufgespielt haben und mit ihrer Bereicherungssucht die Krise vorangetrieben haben. Es war nicht genug, nur 5 % Rendite einzufahren, nein es mussten 25 % sein. Übrigens Herr Ackermann fließt das schon wieder aus dem Mund.

**Wir** kennen die Vertreter der politischen Klasse, die mit ideologischem Eifer dem Finanzmarktkapitalismus den Weg bereitet haben:

Durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die Privatisierung sozialer Sicherheit und eine gigantische Umverteilung von unten nach oben.

Lasst mich nur einige Beispiele für Umverteilung dazu nennen:

- Leiharbeit – führt zu Lohndrückerei
- Frauen werden um 22 % schlechter bezahlt als Männer
- Deshalb fordern wir faire Bezahlung
- Ausdehnung von Befristungen – macht das Leben nicht mehr planbar
- Ausweitung der 400 Euro-Jobs – kaum ein Cent in die Sozialversicherung, die Betroffenen haben nichts davon
- Einführung der Arbeitsgelegenheiten (welch Hohn) zu einem oder einem Euro fünfzig – Billiglöhne

- Verschlechterungen im Gesundheitssystem (bereits im Sommer wollen die ersten Krankenkassen den Zuschlag nur für Arbeitnehmer erheben) – hier wird Einkommen der Beschäftigten abgeschöpft
- Teilprivatisierung der Renten – 6 % in die privaten Versicherungsunternehmen – welch lukratives Geschäft (sie hätten gerne alles)
- Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 %-Punkte
- Ausverkauf unserer wichtigsten Lebensgrundlagen wie Wasser und Elektrizität - nur die Bahn konnten sie bisher nicht privatisieren

und Kolleginnen und Kollegen, die ersten Cross-border-leasing-Geschäfte mussten rückgängig gemacht werden und schon wieder zahlt die Bevölkerung das.

**Wir** kennen diese „Secondhand-Dealer“ des Neoliberalismus in der Wissenschaft, den Zeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Diese smarten Meinungsmacher, die die Gebote der Sachlichkeit viel zu oft ignorierten und die sich als Lautsprecher neoliberaler Glaubenssätze um ihre Reputation brachten.

Wir erwarten von Meinungsmachern in dieser Republik, dass sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und nicht nach dem Motto „des Brot ich ess, des Lied ich sing“, arbeiten.

Allerdings muss ich für einige doch eine Lanze brechen. Es gibt immerhin kritische Journalisten und FilmemacherInnen, die sehr wohl die Probleme aufgreifen und auch deutlich machen. Allerdings kommen solche Beiträge zu selten und oft zu Zeiten, in denen ein normal Sterblicher nicht mehr fern sieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wir alle, wie wir hier sitzen, kennen die Täter.

Und jetzt wollen sie sich aus dem Staub machen. Und wir sollen die Scherben zusammenkehren.

Ich sage: Nein meine Herren, so nicht!

Wir wissen, wer die Milliarden-Party gefeiert hat und wer buchstäblich mit Champagner nachgespült hat, wenn nichts mehr rein ging!

Und wir wissen, wer dabei assistiert hat.

Sie haben die Party gefeiert, und jetzt ist Zahltag.

Wir, die Beschäftigten, die Erwerbslosen und RentnerInnen zahlen nicht für die Krise der gierigen Banker, Manager und Heuschrecken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir dürfen aber auch nicht vergessen.

In anderen Regionen der Erde ist die soziale und humanitäre Katastrophe längst Realität.

Der Finanzmarktkapitalismus hat die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen nicht erfunden. Aber er hat sie erheblich vertieft und verschärft.

Wir leben in einer Welt, in der die obersten 15 Prozent der Menschheit

- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beansprucht,

und in der dem unteren Fünftel der Menschheit

- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- und 4 Prozent der Energie zur Verfügung stehen.

Von der Unterversorgung mit Nahrung und Trinkwasser ganz zu schweigen.

Der langjährige UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler hat es auf den Begriff gebracht:

Er spricht vom „Imperium der Schande“.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Imperium der Schande, das ist es.

Es geht uns um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Entrechtung hier bei uns und anderswo.

Es geht auch um die Überwindung einer Wirtschafts- und Lebensweise, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Dagegen anzugehen ist Politik im wohl verstandenen Eigeninteresse.

Aber es ist auch ein Gebot der globalen Moral und der internationalen Solidarität.

Dafür stehen wir als Gewerkschaften. Auch deshalb sind wir heute hier.

Wir haben die Nase voll von diesem menschen- und umweltverachtenden Kapitalismus!

## **Die Verantwortlichen beim Namen nennen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Überall in der Welt regt sich Widerstand.

Kaum ein Treffen der globalen Wirtschafts- und Regierungs-Kaste ohne vernetzte Widerstands-Aktionen.

Überall werden den Strategien des Geldes und der Macht die Forderungen der Solidarität und des Widerstandes entgegengesetzt.

Das ist gut so, und davon können wir gar nicht genug haben.

Aber: Wer die Welt verändern will, der muß zu Hause beginnen. Und hier, bei uns, beobachten wir ein bizarres Schauspiel.

Verblüfft reibt man sich die Augen.

Auf einmal will es keiner gewesen sein.

Wer hat eigentlich die Unternehmen dem Shareholder-Value-Diktat unterworfen, Löhne gedrückt, Arbeitszeiten verlängert und die Beschäftigten wie Zitronen ausgepresst und dann rausgeschmissen?

Waren das anonyme Heuschrecken, oder doch die Ackermänner und Co!

**Wer** hat dem Finanzmarktkapitalismus den Teppich ausgerollt?

Wer hat Veräußerungsgewinne steuerfrei gestellt, den Handel auch mit Immobilien-Derivaten erlaubt, Hedgefonds zugelassen und - ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition - „eine Finanzaufsicht mit Augenmaß“ propagiert?

Das waren doch nicht die Heinzelmännchen.

Es war die Einheitsfront der Neoliberalen in der Union, der Sozialdemokratie und bei den Grünen.

Sicher, irren ist menschlich, aber so einfach geht das nicht. Öffentliche Rechenschaft, und nicht wahltaktische Rosstäuscherei ist hier gefragt.

Wir fordern heute hier von dieser Stelle

Hört auf die Wählerinnen und Wähler wieder zu belügen!

Wer die ersten Aussagen zur Europawahl hört und die ersten Plakate liest, kann Folgendes erfahren:

Die CDU plakatiert: „Für eine soziale Marktwirtschaft, die menschlich ist“

Die SPD skandiert: Die Soziale Marktwirtschaft hat sich gegenüber einem ungezügelter Kapitalismus als das bessere Modell bewährt. Wir wollen sie erhalten und neu beleben.

Bündnis 90/Die Grünen sind für Wirtschaft & Umwelt, menschlich & sozial.

Die FDP sieht endlich die Chance Seit‘ an Seit‘ mit den Arbeitgeberverbänden, die gerade ihr neues Memorandum abgeliefert haben, die Kranken- und Pflegeversicherung von den Arbeitskosten abzukoppeln, sprich die paritätische Sozialversicherung endgültig zu kippen.

Ich frage euch: was haltet ihr von diesen Parolen?

Vor allem wenn ihr euch erinnert, was während rot/grün und was jetzt während schwarz/rot alles passiert ist.

Dass sie jetzt wieder Kreise gefressen haben und uns einlullen wollen ist das eine, dass sie meinen, wir würden ihre Schandtaten vergessen haben, ist das andere.

Ich meine, wer glaubwürdig sein will, muss laut und klar sagen:

„Wir haben in der Regierungsverantwortung Mist gebaut. Wir haben das erkannt, wir haben diskutiert und unser Programm und unsere Politik neu ausgerichtet und wir haben uns von der Agenda 2010 verabschiedet.“

Habt ihr das schon gehört? Ich nicht.

Stattdessen ist insbesondere die SPD, aber nicht nur sie, auf die Forderungen der LINKEN aufgesprungen. Auf einmal ist man für Mindestlohn, auf einmal steht der Mensch im Mittelpunkt, auf einmal gibt es Konjunkturprogramme. Vor der Krise wollte man davon doch wenig oder gar nichts wissen.

Bisher habe ich noch nichts zur Partei DIE LINKE gesagt. Deshalb jetzt an dieser Stelle.

Sie sitzt wie die Grünen und die FDP in der Opposition. Aus dieser Position heraus hat es DIE LINKE in den letzten 3 Jahren geschafft, viele Themen in die öffentliche Diskussion zu bringen und gesellschaftsfähig zu machen. Denkt an Themen wie Mindestlohn, Hartz IV muss weg, ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro, mehr Wirtschaftsdemokratie, politischer Streik, Vergesellschaftung wichtiger Schlüsselindustrien und Banken.

Wer hätte gedacht, dass sogar eine CDU-Kanzlerin für die Vergesellschaftung von Banken ist?

Wen ihr bei der Europawahl und der Bundestagswahl wählt und wen nicht müsst ihr selbst entscheiden. Wichtig ist, ihr geht zur Wahl und stimmt gegen die Parteien des Kapitals.

Liebe Kolleginnen,

wer wieder glaubwürdig werden will muss sich von dieser unsäglichen Agenda 2010 lossagen.

Dazu gehört:

- Hartz IV in der heutigen Form der Repression und der Höhe muss weg!
- Von Arbeitslosengeld muss Mann und Frau auch leben können. Das bedeutet, von diesem Einkommen muss Wohnung, Kleidung, Nahrung, Mobilität, Bildung und die Teilhabe an der Gesellschaft auch für Kinder bezahlt werden können.
- Und der Bezug von Arbeitslosengeld muss vor allem repressionsfrei sein und über einen längeren Zeitraum gehen.

Dazu gehört:

- Die Rente mit 67 muss rückgängig gemacht werden!
- Und als Zwischenlösung brauchen wir jetzt in der Krise einen Renteneintritt ohne Kürzung der Rente bei 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr.

- Für Altersteilzeit muss es wieder einen Zuschuss geben

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Dazu gehört auch:

- Leiharbeit muss verboten werden.

Bitte nicht missverstehen, ich bin nicht gegen die Menschen, die sich auf diesem Sklavenmarkt verdingen müssen. Aber gerade weil es so ist, gehört Leiharbeit verboten.

Bis dahin brauchen wir gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, aber auch gleiche Rechte.

Die Menschen brauchen unbefristete, gut bezahlte Arbeit, damit sie davon sich und ihre Familien ernähren können, damit sie eine Perspektive haben.

Von Leiharbeit kann man dies im Regelfall nicht.

Ich sage auch an die Adresse der christlichen Gewerkschaften:

„Hört auf mit Dumping-Tarifverträgen. Christlich sind diese nicht, sie verschaffen nur den Unternehmen mehr Profit. Diese Tarifverträge erniedrigen die Menschen.“

Dazu gehört auch:

- dass jegliche Form der Erwerbsarbeit sozialversicherungspflichtig wird.

Wir haben 40 Millionen Erwerbstätige aber nur rund 28 Millionen zahlen in unser soziales Sicherungssystem ein.

Alleine 7,5 Millionen Menschen haben einen 400-Euro-Job, für den sie nichts in die Sozialversicherung einbezahlen und auch keine Leistungen daraus erhalten.

Altersarmut ist vorprogrammiert insbesondere bei Frauen.

- Wir brauchen eine Erwerbstätigenversicherung, in der Rentenversicherung, der Krankenversicherung, der Pflegeversicherung und der Arbeitslosenversicherung.

Unser soziales Sicherungssystem ist nicht marode, sondern es wurde systematisch der Privatisierung unterworfen.

Und wir haben ein Einnahmeproblem, weil zum einen die Arbeitgeber immer weniger einzahlen, zum anderen, weil sich durch die Krise mehr Menschen in Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit befinden.

Letztendlich ist unser soziales Sicherungssystem teurer für uns abhängig Beschäftigten geworden.

Den Arbeitgebern wirft man seit Jahren das Geld geradezu hinterher durch Steuerabsenkungen, durch Absenkung der Arbeitgeberbeiträge.

Wir abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner werden geschröpft.

Ich sage es noch mal:

Wir brauchen für die Zukunft wieder eine volle paritätische Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme und wir brauchen dazu die Erwerbstätigenversicherung in die alle einbezahlen. Die abhängig Beschäftigten, die Beamten, die Selbständigen und Freiberufler und Unternehmer.

Nur so kann unser System stabilisiert und nicht der sogenannten freien und privaten Wirtschaft zum Fraß vorgeworfen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Gewerkschaften hatten bereits vor Wochen die **Abgeordneten des Deutschen Bundestages** aufgefordert einen Untersuchungsausschuss „Finanzmarktkrise“ einzurichten. Mittlerweile wurde dieser auf Antrag der DER LINKEN, der Grünen und der FDP beschlossen. Schwarz / Rot wollte ihn nicht.

Ursachen, Verantwortlichkeiten und Folgen der Krise sind zu untersuchen, zu dokumentieren und die politischen Schlussfolgerungen sind zu ziehen.

Das ist die eine Seite, wir fordern die Vorstände von Banken und Unternehmen auf:

Entschuldigen Sie sich öffentlich, ziehen Sie die Lehren und richten Sie die Unternehmensstrategien auf die

Wahrung sozial und ökologisch nachhaltiger Kriterien und sicherer Arbeitsplätze aus. Sie haben die Verantwortung dafür, dass Betriebe zinsgünstige Kredite in der Krise bekommen und nicht mit überhöhten Zinsen belastet werden.

Die **Arbeitgeberverbände** fordern wir auf:

Beenden Sie endlich ihre Manipulationsfabriken wie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die als Propagandisten des Neoliberalismus die Krise mit ermöglicht haben.

Das Geld könnte sinnvollerweise für mehr Ausbildung aufgebracht werden.

Und diesen ach so klugen neoliberalen **Wirtschafts-Professoren** rufen wir zu:

Sie haben sich lange genug als neutrale Wissenschaftler getarnt und als neoliberale Glaubensprediger betätigt! Halten sie doch einfach mal für eine gewisse Schamfrist den Mund!

Ja: Wir müssen dem neoliberalen Meinungs- und Entscheidungskartell unser Bündnis der Aufklärung und Gegenmacht entgegensetzen.

Dazu hat z.B. die IG Metall einen „Frankfurter Appell“ formuliert.

Er ist im Netz verfügbar und ich fordere Euch alle auf:

Schließt Euch dem Appell an!

Lassen wir die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft nicht einfach davon kommen.

Sorgen wir gemeinsam für eine öffentliche Debatte über Ursachen und die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise!

Ja, wir müssen Druck machen auf die Politiker, die Regierung, die Unternehmer.

Deshalb müssen wir vor allem jetzt mit den Füßen abstimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

an die Moral einzelner zu appellieren ist das eine, eine andere radikale Umkehr – in Wirtschaft, Politik und öffentlicher Meinung, ist das andere.

Was jetzt kommen muss, ist weit mehr als „soziale Marktwirtschaft“!

Was jetzt angesagt ist heißt:

### **Umfassende Kontrolle und Regulierung der Finanz- und Devisenmärkte!**

- Durch eine Stärkung der Finanzmarktaufsicht.
- Banken müssen künftig für mind. 30 % des Risikos selbst haften.

- Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen müssen verboten werden.
- Ihre Kredite an Hedge-Fonds und Privat-Equity-Fonds müssen Banken mit 40 % Eigenkapital unterlegen.
- Steueroasen müssen ausgetrocknet werden.

Was jetzt angesagt ist, ist eine massive Umverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Rechten von oben nach unten.

Das bedeutet:

- Kaufkraft durch höhere Einkommen stärken für Beschäftigte, RentnerInnen und Erwerbslose.
- Einen Mindestlohn in Höhe von ..., ich muss euch ehrlich sagen 7,50 Euro wie der DGB das fordert ist dabei entschieden zu wenig.
- Hohe Vermögen höher besteuern durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, durch eine Sonderabgabe oder Zukunftsanleihen.

In der letzten Sendung von Anne Will meinte doch ein Unternehmer, die Reichen würden schon genug Steuern bezahlen. Was er nicht sagt, ist dass die Gutverdiener und Reichen viel zu wenig wegen der Beitragsbemessungsgrenze in die Sozialversicherung einbezahlen. Das wäre doch auch ein Schritt in die richtige Richtung.

Von uns wird jeden Monat brav 5 % Solidaritätszuschlag abgefordert, wenn Millionäre 5 % abgeben sollen ist das Geschrei groß.

Was jetzt angesagt ist, ist ein ökologischer Umbau der Industrie, der Mobilitätsmittel. Und wir brauchen eine weitreichende Demokratisierung der Wirtschaft!

Wir brauchen mehr Mitbestimmung darüber  
Wo, Was, Wie viel, Mit wie viel Beschäftigten und unter welchen Bedingungen produziert wird.

Und wir brauchen Mitbestimmung darüber, wie zukünftig Gewinne verwendet werden.

Können sie wieder auf den Finanzmärkten verspekuliert werden oder werden sie für höhere Einkommen, bessere Investitionen, für Forschung und Entwicklung von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen verwendet?

Das sind die Wegemarken in eine bessere Zukunft.

Der Neoliberalismus hat Betriebe, Politik und Medien ins Schlepptau der Finanzmärkte genommen.

Jetzt schlägt die Stunde einer offensiven Politik.

Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliche Eigentumsbildung und Einflussnahme folgen.

Jawohl, wo notwendig rede ich auch von Enteignung und Vergesellschaftung!

Und über öffentliche Einflussnahme müssen die Abkehr vom Shareholder-Value-Paradigma, der ökologische Umbau und die Demokratisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik vorangetrieben werden.

Auch und gerade in der Automobilindustrie, im Energiesektor und im Finanzwesen.

Rückbau der Überkapazitäten und ökologischer Umbau – das ist angesagt.

Und das geht nicht über den Markt.

Der Markt setzt auf Massenentlassungen, Belegschaftsspaltungen und Existenzbedrohung.

Deshalb kämpfen die Kolleginnen und Kollegen bei Buderus, Opel, Schaeffler und anderswo um ihre Existenz – und das mit Recht!

Kampf um Beschäftigung und für eine umweltverträgliche Produktion - das geht nur mit und nicht gegen die Belegschaften.

Und deshalb fordere ich euch auf:

Solidarisiert euch mit dem Kampf der jeweiligen Belegschaften

Nicht Massenentlassungen und Belegschaftsspaltungen, sondern Widerstand, ökologischer Umbau und Wirtschaftsdemokratie weisen den richtigen Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Das alles kostet Geld, viel Geld.

Der öffentlichen Verschuldung sind Grenzen gesetzt.

Das Geld müssen wir da holen, wo es ist.

Bei den Profiteuren des Finanzmarkt-Kapitalismus, den Reichen und Superreichen.

Ob Vermögenssteuer, Millionärssteuer oder Zwangsanleihen – entscheidend ist:

Der Weg in eine bessere Gesellschaft führt nur über eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Mit der maßlosen Bereicherung Einzelner muss endlich Schluss sein!

Wer soll all diese Positionen durchsetzen?

Wer, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll das alles tun?

Wer hat den Mut und die Kraft?

Darauf gibt es nur eine Antwort: **Wir!**

Auch dafür demonstrieren wir heute.

Und dafür werden wir auch für den 16. Mai nach Berlin mobilisieren zum europäischen Aktionstag der Gewerkschaften.

Auch da müssen wir viele sein.

Also: Wir sehen uns am 16. Mai wieder und jeder bringt noch einen mit!!!

Wir sehen uns dort als Gewerkschaften, aber auch im Bündnis aus alten und neuen Bewegungen, aus Globalisierungskritikern, Gewerkschaften, Sozial-Initiativen und Sozialverbänden, aus Kirchen und kritischen Intellektuellen.

Dieses „Bündnis der Bewegungen“ wird bunt sein und aus vielen Einzelsteinen bestehen.

Aber Ausstrahlung wird es nur als „Gesamt-Kunstwerk“ entfalten, als eine Art politisches Mosaik.

Dieses Mosaik aus vielen linken und fortschrittlichen Kräften könnte an vorangegangene Kämpfe anknüpfen.

Sie könnte alte Ziele mit neuen Inhalten und neuer Kraft versehen.

„Mehr Wirtschaftsdemokratie“, da waren wir schon einmal viel weiter im Denken. Der ehemalige Wirtschaftspolitische Sprecher des DGB nach 1949 Vikto Agartz hatte hierzu schon weitreichende Vorstellungen entwickelt. So könnten z.B. regional Wirtschaftsräte eine Form von Wirtschaftsdemokratie sein.

„Mehr Mitbestimmung in den Betrieben“, für die Mitbestimmung musste unter der Adenauerregierung massiv auf der Straße Druck gemacht werden.

„Mehr soziale Sicherheit“ wieder durch paritätische Finanzierung und solidarische Handhabung.

Ich sage noch einmal:

Wir brauchen ein soziales Sofortprogramm für die Menschen!

„Mehr Daseinsvorsorge“ durch zurückschrauben der Privatisierungssorgie der Kommunen, Landesregierungen und der Bundesregierung. Wir werfen unsere lebenswichtigen Güter nicht der Privaten Wirtschaft und den Versicherungen vor die Füße.

„Mehr Tarifbindung“ durch Stärkung der Gewerkschaften.

Doch das sind alles nur Schritte in die richtige Richtung. Wir müssen auch fähig sein, wieder in Utopien zu denken und auch lernen, mit aktivem Handeln diese Utopien zum Leben zu erwecken.

Gestern habe ich auf der Herfahrt im Radio einige Sendungen zum und über den 1. Mai gehört, zur Entstehungsgeschichte aber auch zur Notwendigkeit. Eine wichtige Feststellung war, dass der erste Mai auch deshalb aktuell ist, weil die Gewerkschaften schon immer die größten Organisationen waren, die Utopien hatten. Utopien, die immer die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Focus hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

deshalb möchte ich euch für einen kurzen Augenblick in eine Welt entführen, wie sie aus meiner Sicht einmal aussehen könnte.

Wir bestimmen gemeinsam und solidarisch über den Einsatz von Ressourcen, Produktionsmitteln, Gewinnen.

Wir haben Zeit für die Dinge, die uns wichtig sind im Leben, weil Frauen und Männer mit weit weniger Stunden als bisher in der Woche erwerbstätig sind. Überstunden sind passe. Schichtarbeit und Nachtarbeit gibt es nur dort, wo sie gesellschaftlich notwendig ist z.B. im Krankenhaus, bei der Feuerwehr. Bei der Produktion von Autos oder Kühlschränken ist das nicht nötig.

Die Arbeitszeit können wir in Abstimmung mit unseren Kolleginnen und Kollegen bestimmen.

Die Wertschöpfung wird zugunsten der Menschen verwendet und nicht zur Profitvermehrung einiger weniger.

Deshalb erhalten die Menschen für ihre geleistete Arbeit den gerechten Gegenwert, von dem sie gut leben können und ihre Bedürfnisse nach Bildung, Wohnung, Kleidung, Kultur, Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe befriedigen können.

Es gibt keine sogenannten frauentypischen oder männertypischen Arbeiten mehr. Es zählt soziale Kompetenz und Teamfähigkeit.

Dienstleistungsarbeit wird gleichwertig zu Arbeiten in der Industrie bewertet und bezahlt.

Im Alter, bei Krankheit sind wir abgesichert. Arbeitslos werden wir nicht mehr.

Auf unseren Straßen bewegen sich die privaten und öffentlichen Verkehrsmittel ohne Lärm und Abgase vorwärts.

Alle Menschen haben die gleichen Bildungschancen. Auf ihre Unterschiedlichkeit wird Rücksicht genommen.

Es gibt keine Völkerwanderungen mehr aus materieller Not, weil die Arbeitsmöglichkeiten immer auch dort geboten werden, wo die Menschen leben.

Es gibt keine Hungersnöte mehr. Seuchen sind ausgerottet. Wir können uns schadstofffrei ernähren.

Wir gehen mit unseren Ressourcen schonend um und wir leben in Frieden als gleichberechtigte Völker zusammen.

Was meint ihr: Wollen wir es gemeinsam versuchen?!?

Dann lasst uns aufstehen, mit Mut und Entschlossenheit handeln für eine solidarische Gesellschaft, weltweit.

Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit.